

Einreichendes Amt/Sachgebiet: Bauamt
Bearbeiter: Frau Böttcher

Drucksache-Nr. 85-17

Beschlussvorlage

Ausschuss	Datum	Ö	NÖ	genehm.	genehm. mit Änd.	abge- lehnt	zurück- gestellt
TA	05.09.17		X				
STR	28.09.17	X					

TA	VWFA	Stadtrat
Beschluss-Nr.	Beschluss-Nr.	Beschluss-Nr.

Anzeige-/ Genehmigungsbehörde:

Gesetzliche Grundlage der Anzeige-/Genehmigungspflicht:
Baugesetzbuch

Die Übereinstimmung der Satzung mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie wird bestätigt:

Unterschrift Amtsleiter

Beteiligte Ämter und Sachgebiete (Ordnungs-Nr. und Sichtvermerk)

Amt/SG Nr. 60	Amt/SG Nr. 61	Amt/SG Nr. 63	Amt/SG Nr. 65	Rechn.prüfung Frau Preussner	Rechtsamt Hr. Rockmann	Kämmerer Hr. Schmiech	Bürgermeister Hr. Schöne

Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 49 "Schulze-Delitzsch-Siedlung, Schkeuditzer Straße"

Der Stadtrat beschließt:

1. die Satzung über die Veränderungssperre gemäß Anlage.
2. Der Beschluss ist öffentlich bekannt zu machen.

Dr. Wilde Oberbürgermeister	Seite 1 von 2
--------------------------------	---------------

Beratungsergebnis

Beschlussgremium: Stadtrat						Sitzung am: 28.09.2017	Legende
Einstimmig	Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthaltungen	Befangenheit	abweichender Beschluss (Rückseite)	STR SKS TA VWFA
							Stadtrat Schule, Kultur, Soziales Technischer Ausschuss Verwaltungs- und Finanzausschuss

Fortsetzungsblatt zur Drucksache		Seite 2
85-17		

Begründung/Sachdarstellung:

Nach § 14 Abs. 1 BauGB kann die Gemeinde zur Sicherung der Planung für den künftigen Planbereich eine Veränderungssperre erlassen, wenn für das betreffende Gebiet die Aufstellung eines Bebauungsplanes bereits beschlossen ist.

Der Stadtrat der Stadt Delitzsch hat in seiner Sitzung am 22.06.2017 mit Beschluss-Nr. 28/17 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Schulze-Delitzsch-Siedlung, Schkeuditzer Straße" beschlossen. Der Beschluss wurde am 08.07.2017 ortsüblich bekannt gemacht.

Die Art der baulichen Nutzung soll im Bebauungsplan teilweise als Allgemeines Wohngebiet (WA) gemäß § 4 BauNVO und teilweise als Urbanes Gebiet (MU) gemäß § 6a BauNVO festgesetzt werden. Diese Ausweisung schafft die Möglichkeit, einen städtebaulichen Missstand zu beseitigen sowie einen immissionsschutzrechtlichen Konflikt zwischen vorhandener Wohnbebauung und benachbarter gewerblicher Nutzung zu lösen.

Zur Sicherung der Planung wird über das gesamte Bebauungsplangebiet eine Veränderungssperre gelegt.

Anlage: Veränderungssperre

Dr. Wilde Oberbürgermeister	Seite 2 von 2
--------------------------------	---------------